

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 18

Artikel: Fadenkreuz im südlichen Balkan
Autor: Tickle, Ian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092778>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ian Tickle über ein weiteres Kriegspotential

Fadenkreuz im südlichen Balkan

In Bosnien möchte die internationale Gemeinschaft einen Brand löschen, aber weiter im Süden ist sie damit beschäftigt, einen neuen Brand am Ausbruch zu hindern. Das Spannungsfeld betrifft Makedonien, Albanien und Kosovo; die massgebliche Gefahr geht von den Serben aus.

Wir haben hier schon von den Schwierigkeiten berichtet, die Albanien mit Griechenland hat. Die weit grössere Gefahr indessen droht aus dem Norden. Grenzzwischenfälle sowohl mit Serbien als auch mit Makedonien zeigen an, dass der Balkankonflikt auch Albanien betrifft.

Ende Juli kam es an der sonst friedlichen Grenze mit Makedonien zu einem mörderischen Überfall, der zunächst unerklärlich schien. Neun albanische Soldaten, die über die Grenze gegangen oder geraten waren, wurden offenbar schlagartig erschossen. Das roch nach einer vorbedachten Kommandoaktion. Die Schützen meldeten sich so wenig wie irgendwelche Augenzeugen.

Tirana wurde bei den mazedonischen Behörden vorstellig, aber diese vermochten lediglich auf die Grenzüberschreitung hinzuweisen und wussten anscheinend sonst von nichts. Eine mazedonische Schurkerei? Aber wozu? Mazedonien hat nicht das geringste Eigeninteresse an einem Krach mit Albanien.

Indessen ist die Frage «Cui bono?» sehr wohl zu beantworten. Serbien hält seine vornehmlich albanisch bevölkerte Provinz Kosovo mit einem Besatzungsregime bei der Stange, und in Mazedonien gibt es eine serbische Minderheit — ähnlich wie in Bosnien und Kroatien. Belgrad hat durchaus ein Interesse daran, seine Gegenspieler einander in die Haare geraten zu lassen. Eine Provokation des serbischen Geheimdienstes würde in der Tat einen Sinn machen.

Serbische Provokationen?

Einen Verdacht in diese Richtung äusserte denn auch der albanische Verteidigungsminister Safet Zhulali, als er nach



Staatspräsident der «Schattenregierung»: Ibrahim Rugova.

dem Zwischenfall eine vom dänischen General Thomson geleitete Delegation der in Makedonien stationierten UNO-Kräfte empfing. Thomson besuchte auch den albanischen Präsidenten Sali Berisha und vereinbarte mit ihm eine direkte Zusammenarbeit zwischen den albanischen Streitkräften und dem UNO-Kontingent. Dieses darf nun für Nachschub und Logistik das albanische Territorium benutzen.

General Thomson soll Kosovo das Schlüsselproblem der Region genannt haben, und dem kann man in Tirana nur zustimmen. An der Grenze zwischen Albanien und der serbischen Provinz ist es gleich zu einer Kette von Zwischenfällen gekommen zum Schaden auch von albanischen Zivilisten. Albanien spricht von serbischen Provokationen und hat den Fall dem UNO-Sicherheitsrat vorgelegt.

Serbien lässt es nicht zu, dass in Kosovo ein UNO-Kontingent stationiert wird. Eine KSZE-Vertretung wurde von den Serben ausgewiesen, aber noch gibt es eine EG-Beobachtungsmission, vom Regionalzentrum Tirana entsandt mit dem Auftrag, die Grenzzwischenfälle zu untersuchen. Zum gleichen Zweck stellen schliesslich Serbien und Albanien sogar

jeweils gemeinsame Grenzkommissionen auf; wenigstens kann das nicht schaden.

Offene EG-Sprache

EG-Beobachter in heiklen Angelegenheiten gelangen nicht leicht an die Öffentlichkeit, und schon gar nicht mit Schuldzuweisungen. Indessen brach der EG-Delegierte L. Deheyder sein Schweigen nach einem jüngsten Zwischenfall, bei dem mehrere albanische Staatsangehörige verwundet wurden, und einer von ihnen, ein Soldat, ums Leben kam. Es sei erwiesen, liess Deheyder wissen, dass die betreffenden Personen auf albanischem Territorium zu Schaden gekommen seien. Das impliziert einen serbischen Übergriff.

So ist die gegenwärtige Situation, aber statisch ist sie nicht. Die Zwischenfälle haben sich in den letzten Wochen gehäuft und sind schlimmer geworden. Wobei eine Einseitigkeit zu vermerken ist: Bei den Todesopfern handelt es sich ausschliesslich um Albaner.

Will man dem Treiben ein Ende setzen, muss man die lokalen Zwischenfälle in ihrem weiteren Rahmen sehen, und diesen bildet — darüber hilft keine Augenschweerei hinweg — die serbische Machtpolitik.

Serbien ist im Begriff, mit seinem Eroberungsfeldzug in der international anerkannten Republik Bosnien und Herzegowina zu triumphieren. Die internationale Gemeinschaft war nicht fähig oder willens, das zu verhindern.

Unter Wahrung aller Proportionen ist hier daran zu erinnern, was in den dreissiger Jahren in Zentraleuropa geschehen ist. Wäre Hitler damals bei seinen ersten Aggressionsakten gestoppt worden, hätte sich wahrscheinlich ein ganzer Weltkrieg vermeiden lassen. Die Parallele gilt nicht der Dimension, wohl aber dem Prinzip. Jeder Erfolg, den man einem Aggressor aus Schwäche zulässt, ermuntert ihn und lässt ihn Nachahmer finden.

Mit seinem Angriff auf Bosnien machte Serbien das weiter, was es bereits an

Belgrad hat durchaus ein Interesse daran, seine Gegenspieler einander in die Haare geraten zu lassen.

Die Zwischenfälle haben sich in den letzten Wochen gehäuft und sind schlimmer geworden.

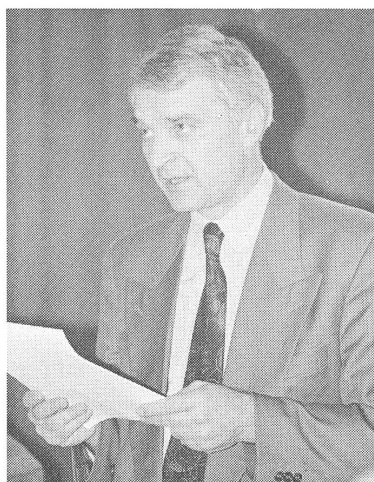
Kroatien angefangen hatte, mit anhaltendem Erfolg. Serbien hält Ostkroatien rund um das von ihm zerstörte Vukovar besetzt, ebenso das Hinterland der kroatisch-dalmatischen Küste. Das ermöglicht es den Serben auch, die Landverbindung des kroatischen Hauptgebietes mit der dalmatischen Küste zu kappen, indem sie die Brücke von Maslenica bei Zadar unbrauchbar machen.

Bosnien also bedeutet nicht das erste, sondern das zweite serbische *fait accompli*, und seine Zulassung verspricht keine gesamthafte Beruhigung der Lage, ganz im Gegenteil. Das serbische Militär, im wörtlichen Sinn ohnehin schon national sozialistisch, wäre frei für den nächsten Schauplatz, nämlich Kosovo polje.

Nun ist Kosovo bereits serbische Provinz und bereits militärisch besetzt; insofern braucht es nicht eigens erobert zu werden. Aber es ist nach serbischen Vorstellungen noch nicht befriedigend aufgeräumt und hat eine albanisch vernetzte Nachbarschaft.

Kosovo war eine autonome Provinz bis 1989, als das serbische Parlament eigenmächtig den Autonomiestatus aufhob (was in die Kompetenz des damals noch bestehenden Jugoslawiens gehört hätte) und die Provinz militärisch besetzte. Sie wird seither serbisch regiert, unter Diskriminierung der albanischen Bevölkerung und deren Sprache.

«Schatten»-Ministerpräsident Bujar Bukoshi.



Bosnien also bedeutet nicht das erste, sondern das zweite serbische *fait accompli*, und seine Zulassung verspricht keine gesamthafte Beruhigung der Lage, ganz im Gegenteil.

Kosovo ist ein Pulverfass

Die Albaner, bei der Volkszählung von 1981 noch mit 77 Prozent der Einwohner ausgewiesen, haben seither ihren Anteil auf gut 90 Prozent erhöht; einerseits hat der Exodus der serbischen Zivilbevölkerung angehalten, und andererseits haben die Albaner eine höhere Geburtenzahl.

Die Albaner haben in Fortsetzung der seinerzeitigen autonomen Provinzverwaltung eine eigene Regierung aufgestellt. Sie funktioniert teils in der deutschen Emigration und teils in einem gewaltlosen Untergrund. Diesem gelang es 1992 sogar, Wahlen zu organisieren, geheime Wahlen in einem andern als dem üblichen Sinn. Gewonnen wurden sie vom Demokratischen Bündnis Kosovo. Es gibt auf diese Weise einen Staatspräsidenten (Ibrahim Rugova) und einen Ministerpräsidenten (Bujar Bukoshi) von Kosovo. (Beide wohnen einstweilen in Deutschland.) Erklärtes Ziel der sogenannten «parallelen Verwaltung» oder «Schattenregierung» ist ein unabhängiges und neutrales Kosovo zwischen Serbien und Albanien.

Selbst ohne den Kontext der anderweitigen serbischen Kriegsführung wäre Kosovo heute ein Pulverfass. Die serbisch durchgesetzte «Entwicklung» hat dazu geführt, dass der alte Antagonismus zwischen den Serben und Albanern ausschliesslicher geworden ist als je zuvor. Der Bevölkerungsteil mit verbindender Funktion ist heute so gut wie inexistent.

Die Lage wird um nichts besser, wenn man billigerweise die historische Gegebenheit berücksichtigt, dass «in Kosovo das Herz der Serben schlägt». Die Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo polje) steht *pars pro toto* für den opfer-

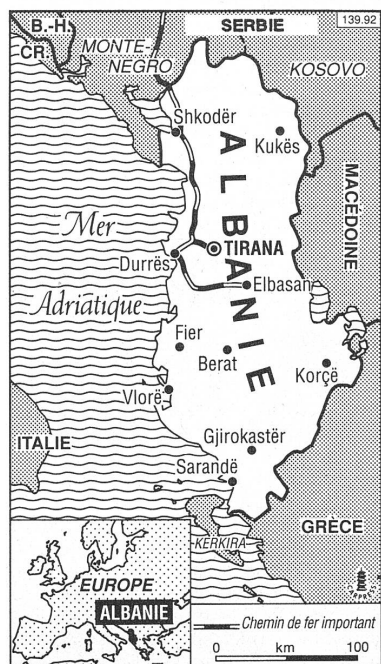
reichen Kampf, den die Serben dort der vordringenden Türkenherrschaft lieferten. Die orthodoxen Heiligtümer dort sind serbische Heiligtümer schlechthin. Das erklärt auch, warum das Grossserbentum, das sich sonst auf serbische Siedlungsmehrheiten ausserhalb Serbiens bezieht, im Fall von Kosovo keinerlei Rücksicht auf das anderweitig beschworene Kriterium nimmt. Kosovo gehört zu Serbien, weil es zum serbischen Mythos gehört; es ist das, was «Jerusalem» für die Kreuzritter war.

Wie verhält sich Albanien dem gegenüber? Es unterstützt offiziell nur die Bestrebungen zu einem unabhängigen Kosovo und verwahrt sich vehement gegen den Verdacht, sich das Gebiet aneignen zu wollen. Das muss es schon notgedrungen deswegen tun, weil es schwach ist und im Fall eines zwischenstaatlichen Konflikts den Serben militärisch nichts entgegenzusetzen hätte, was ins Gewicht fielen.

Gerade weil es diesbezüglich keine Illusionen hat, drängt Albanien um so mehr darauf, dass die internationale Gemeinschaft der serbischen Aggression in Bosnien ein Ende setzt. Tirana hat sich letztes Jahr denn auch dagegen gewandt, dass das internationale Waffenembargo gegen Exjugoslawien auch auf die bosnische Regierung angewandt wird. (Tatsächlich kommt diese Schreibtisch-Beidseitigkeit ganz einseitig nur den Serben zugute.)

Falls Serbien nach seinen Vorstellungen in Kosovo durchgreifen sollte, gedenkt Albanien nichts weiter zu tun, als sein eigenes Territorium bis auf den letzten Zoll zu verteidigen und alle Flüchtlinge aufzunehmen. Die Auffanglager werden vorsorglich bereitgestellt, ein Indiz dafür übrigens, wie ernst Albanien die Lage sieht. Grosse Flüchtlingsströme könnte das arme Land freilich nicht lange aus eigener Kraft beherbergen; gegebenenfalls wird eine grosse Auslandshilfe zu leisten sein.

Jedenfalls wird die Region Kosovo-Makedonien-Albanien heisser. Albanien ist immer noch ein Faktor der Stabilität und der Vernunft in der Region. Das verdient internationale Solidarität. Aber ist diese nach dem Zulassen der Greuelthaten in Bosnien zu erwarten? ■



Kosovo gehört zu Serbien, weil es zum serbischen Mythos gehört.